

Johannes Kurz

18.07.2017

Johannes Kurz nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf des Innenministeriums, mit dem das Sicherheitspolizeigesetzes, das Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002, die Straßenverkehrsordnung 1960 und das Telekommunikationsgesetzes 2003 geändert werden (326/ME)

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Erheben von personenbezogenen Daten halte ich grundsätzlich für ein Problem. Nicht weil ich der aktuell im Amt befindlichen Regierung nicht vertraue, sondern weil ich nicht weiß, wie die nächste Regierung aussehen wird. Oder auch nicht unrealistisch, dass durch Sicherheitslücken unbefugte Dritte Zugang zu den Daten erhalten und somit große Teile der Bevölkerung erpressbar werden. Die Freiheit der Presse und der Meinung ist gefährdet, wenn es für den Staat, Geheimdienste oder Dritte möglich ist, einen Journalisten mit beispielsweise seiner Affaire zu erpressen.

Nochmal: Ich halte das im aktuellen politischen Klima für unwahrscheinlich, aber Daten, die erhoben werden, werden genutzt und potentiell missbraucht. Ich sehe bei uns keine Gefahr, die groß genug ist, um unsere Grundrechte dafür zu opfern.

mit freundlichen Grüßen
Johannes Kurz